

Monatsspiegel



März 2017



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Mut zur Veränderung

Bei den Bürgerentscheiden geht nicht nur um Sachfragen, sondern auch darum, was sich Erlangen zutraut

Am 7. Mai wird Erlangen gleich in zwei Bürgerentscheiden abstimmen: Zum Thema „Landesgartenschau“ und zur Wohnbebauung im Anger. Dabei geht es bei beiden Entscheidungen einerseits um wichtige Sachfragen. Zumindest im Hintergrund geht es aber auch um eine Entscheidung gegen das Gefühl, dass Veränderung immer eine Veränderung zum Schlechteren bedeuten müsse.

Erlangen verändert sich

Erlangen wird sich in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren in jedem Fall massiv verändern: Siemens zieht vom Standort Mitte auf den Campus im Stadtsüden, die Universität dann von der Bismarckstraße/Kochstraße in den Himbeerpalast und einige angrenzende Gebäude. Die Stadt bekommt plötzlich eine „Universitätsachse“ vom Kollegienhaus über die Mensa zum Himbeerpalast. Auf dem Gelände an der Kochstraße/Bismarckstraße wird sich die Universitätsklinik erweitern. Am bisherigen Standort Siemens-

Mitte werden sich neue Unternehmen ansiedeln. Und dann zieht auch noch das Landratsamt vom Marktplatz in die Nähe der Arcaden.

All diese Veränderungen laufen in unserer Stadt in jedem Fall ab. Die Frage, die nun hinter dem Entscheid zur Landesgartenschau steht, ist: Soll die Stadtpolitik diese Entwicklungen einfach „laufen lassen“ und dann mal schauen, was passiert ist? Oder ist es nicht besser, auf diese Veränderungen aktiv zu reagieren und sie zum Vorteil Erlangens mit zu gestalten?

Die Landesgartenschau als Chance

In der SPD haben wir uns schon im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 klar für die zweite Alternative entschieden: Wir wollen die Veränderung in unserer Stadt aktiv gestalten. Und als einer der Wege dieses aktiven Gestaltens haben wir uns für die Landesgartenschau 2024 entschieden, die wiederum zwei wichtige Vorhaben bündelt: Die Entwicklung des Großparkplatzes zum neuen Stadtteil

Von Philipp Dees

Stellvertretender Vorsitzender der Stadtratsfraktion



„Regnitzstadt“ und die Schaffung von zugänglichen Grün- und Freizeitflächen nahe bei der Innenstadt.

Eine Landesgartenschau ist eben mehr, als ein gutes halbes Jahr Blumen auszustellen. Sie kann, das zeigen Erfahrungen aus allen Städten, die in den vergangenen Jahren eine Landesgartenschau durchgeführt haben, ein Motor für die Stadtentwicklung sein. Und in Erlangen geht es uns im Speziellen darum, der „Südverschiebung“ Erlangens durch die angesprochenen Verlagerungen einen Impuls entgegenzusetzen, der vor allem die Innenstadt und insbesondere die Altstadt stärkt.

In der neuen „Regnitzstadt“ werden Menschen leben und arbeiten, und sie
Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

01.03.	20:00	AK Umwelt und Energie	August-Bebel-Haus	
05.03.	11:00	Frauenempfang	Orangerie	
08.03.	15:00	60plus-Unterbezirk: Jahreshauptversammlung	IG-Metall-Saal	S. 20
08.03.	19:00	60plus: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 19
08.03.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Röthelheim	S. 16
14.03.	19:00	Distrikt Frauenaarach: Jahreshauptversammlung	Olive	S. 15
14.03.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Jahreshauptversammlung	Schlossgaststätte	S. 17
14.03.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
14.03.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 16
14.03.	20:00	Distrikt West: Veranstaltung mit Martina Stamm-Fibich	Zur Einkehr	S. 18
15.03.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 15
22.03.	20:00	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	Zur Einkehr	S. 18
23.03.	19:00	Jahreshauptversammlung	SpVgg Erlangen	S. 3
28.03.	15:00	60plus: Filmnachmittag	IG-Metall-Saal	S. 7
28.03.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 20
04.04.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 16
11.04.	19:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	Olive	S. 15
11.04.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 17

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag geschlossen
 Dienstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Freitag 10:00 bis 12:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführer: Patrick Rösch
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Martin Ferschmann, Dietmar Hahlweg, Katrin Hurler, Gerd Peters, Hartmut Wiechert

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

werden – auch, weil Einzelhandel dort ausgeschlossen wird – in die Innenstadt zum Einkaufen gehen. Gleichzeitig wird es sogar noch mehr Parkplätze als heute auf dem Großparkplatz geben – nur in Parkhäusern, so dass mehr Parkplätze weniger Fläche als bisher verbrauchen. Und nicht zuletzt wird mit der Stadt-Umland-Bahn am Westausgang des Bahnhofs eine „Mobilitätsdrehscheibe“ entstehen. Von der Regnitzstadt profitiert Erlangen also insgesamt.

Freizeit- und Grünflächen – auch für den Naturschutz

Gleichzeitig bietet die Landesgartenschau auch die Möglichkeit, die Zugänge von der Innenstadt in den Regnitzgrund zu verbessern und den Menschen damit zusätzliche Freizeit- und Grünflächen, vor allem auf der Wöhrmühlinsel, zu eröffnen. Damit wird einerseits die Situation auf den knappen Grünflächen in der Innenstadt entspannt, wo sich im Sommer die Menschen drängen und dadurch Konflikte mit den Anwohnerinnen und Anwohnern entstehen. Und gleichzeitig wird auch zusätzlicher Naturschutz erreicht: Denn die Menschen gehen heute schon in den Wiesengrund und eignen sich einfach irgendwelche Flächen an, egal, ob diese ökologisch hochwertig sind oder nicht. Natur und auch Landwirtschaft im Wiesengrund entsteht so massiver Schaden. Ausdrücklich Flächen für die Freizeitgestaltung anzubieten macht es auch möglich, die tatsächlich ökologisch hochwertigen Flächen im Wiesengrund zu schützen.

Die Landesgartenschau bietet also die Möglichkeit, Erlangen zum Positiven zu verändern. Aber: Das muss man sich zutrauen – und ich bin überzeugt: Das können wir uns zutrauen.

Anger: Neue Wohnungen mit neuer Qualität

Auch beim Bürgerentscheid zum Wohnen am Anger geht es darum, ob Veränderung etwas Positives bedeuten kann. Die Fakten sind eigentlich eindeutig: Neubau bedeutet eine Miete von 5,50 Euro, Sanierung von 13 bis 14; Neubau bedeutet barrierefreien sozialen Wohnungsbau, Sanierung nicht barrierefreie Wohnungen, die sich nur wenige leisten können; Neubau bedeutet ca. 90 Wohnungen, Sanierung 34 oder, bei Aufstockung und Anbau, die Versiegelung aller noch vorhandenen Grünflächen für Parkplätze.

Es sprechen also alle Sachargumente für Abriss und Neubau. Dass es einen Ent-

scheid gibt hat vor allem mit der Angst vieler zu tun, Abriss und Neubau würden zu einer Verschlechterung des eigenen Umfelds führen. Statt auf „idyllische Häuser im Grünen“ schaue man künftig auf „Beton“, die zusätzlichen Menschen sorgten für zusätzliche Konflikte.

Diesen Ängsten kann man begegnen. Schließlich gibt es ganz viele positive Beispiele für Abriss und Neubau, auch in Erlangen, an der Brüxer Straße und an der

Wilhelminenstraße, wo gute Neubaugewohnungen entstanden sind und auch die Anwohnerinnen und Anwohner zufrieden sind.

Am 7. Mai geht es also zusammengenommen auch um eine entscheidende Frage: Dass sich die Erlangerinnen und Erlanger zutrauen, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen und die anstehenden Veränderungen gemeinsam gut zu gestalten.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung am Donnerstag, 23. März 2017, 19:00 Uhr (!)

SpVgg Erlangen, Kurt-Schumacher-Straße 11

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
Ehrung der Verstorbenen
2. Konstituierung
 - a) Wahl der Versammlungsleitung
 - b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
 - c) Beschluss der Tagesordnung
3. Rechenschaftsberichte, Gleichstellungsbericht, Kassenbericht und Revisionsbericht mit Aussprache
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahl des Kreisvorstands
 - a) Wahl der/des Kreisvorsitzenden
 - b) Wahl der beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden
 - c) Wahl der Referentinnen und Referenten im geschäftsführenden Vorstand
 - d) Wahl der Referentinnen und Referenten im Kreisvorstand
 - e) Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften im Kreisvorstand
 - f) Wahl der/des Friedensbeauftragten und der/des Ausländerbeauftragten im Kreisvorstand
6. Wahl der RevisorInnen
7. Wahl bzw. Nominierung der Delegierten zum Unterbezirksparteitag, Bezirksparteitag, Landesparteitag, Landesparteirat und Bundesparteitag
8. Anträge
9. Verschiedenes
Schlusswort der/des neuen Kreisvorsitzenden

Kandidatinnen und Kandidaten für die Delegiertenwahlen gesucht!

Für die Wahl der Delegierten zu den Parteitagern suchen wir noch Kandidatinnen und Kandidaten. Insbesondere beim Unterbezirksparteitag sind rund 30 Delegierte und Ersatz zu wählen. Wenn du kandidieren möchtest, melde dich bitte möglichst schon vor der Jahreshauptversammlung im Büro des Kreisverbands, damit wir die Stimmzettel vorbereiten können: Telefon 09131-8126522, E-Mail buero@spd-erlangen.de

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Informationen zu den Bürgerentscheiden am 7. Mai

Bürgerentscheid zur ERBA-Siedlung

Worum geht es?

Die Gewobau will südlich der Mainstraße mehrere alte Häuser mit 34 Wohnungen abreißen und durch moderne Neubauten ersetzen. Dabei werden in den Neubauten ca. 90 barrierefreie, geförderte Wohnungen („Sozialwohnungen“) mit einer Miete von etwa 5,50 Euro/Quadratmeter entstehen. Außerdem soll es in den Neubauten voraussichtlich auch eine Kindertagesstätte geben.

Wird die „Erba-Siedlung“ abgerissen?

Nein. Betroffen vom Abriss sind Gebäude, die in den 1930er Jahre südlich der eigentlichen Erba-Siedlung als zusätzliche Werkwohnungen errichtet wurden. Die Häuser der Erba-Siedlung, die sich nördlich der Mainstraße befinden, bleiben erhalten.

Warum muss abgerissen werden?

Die Häuser sind in den 1930er Jahren billig und in schlechter Qualität errichtet worden. Die Bausubstanz ist so schlecht, dass eine Sanierung keinen Sinn macht. Weil das so ist, hat die Gewobau in den letzten Jahren in die Häuser auch nichts mehr investiert. Alle Häuser stehen inzwischen leer.

Warum wird nicht saniert und aufgestockt?

Gegen die Sanierung sprechen zahlreiche Gründe. Sie wäre so aufwändig, dass die Miete danach mindestens 13 bis 14 Euro pro Quadratmeter betragen müsste. Mit sozialem Wohnungsbau hat das nichts mehr zu tun.

Selbst für diesen Aufwand könnten keine barrierefreien Wohnungen entstehen. Denn die Statik der Häuser erlaubt keine Veränderung der Grundrisse. Aus dem gleichen Grund sind auch keine Aufstockungen möglich.

Würde angebaut, wie von der BI gegen den Abriss vorgeschlagen, müssten die notwendigen Stellplätze auf dem Grundstück geschaffen werden (während beim Neubau eine Tiefgarage möglich ist): Das Grundstück wäre fast vollkommen versiegelt, es bliebe kaum Grün übrig.

Wie sollen die neuen Häuser aussehen?

Geplant ist, dass entlang der Äußeren Brucker Straße ein Gebäude mit fünf Stockwerken entsteht, das Richtung Norden, hin zur Erba-Siedlung, niedriger wird. Dieses Gebäude dient auch als Lärmschutz für das dahinterliegende Quartier.

Auf dem weiteren Grundstück sollen dann Gebäude mit drei oder vier Stockwerken entstehen. Dazwischen sind Grünflächen, auf denen z.B. auch Mietergärten entstehen könnten. Für die Stellplätze wird eine Tiefgarage gebaut, so dass die bisherigen oberirdischen Garagen wegfallen. Auch deshalb steigt die überbaute Fläche nur geringfügig: Statt derzeit 20 werden künftig rund 30 Prozent des Grundstücks überbaut sein. Alle Wohnungen werden barrierefrei sein.

Einige Details wird die Gewobau nach einem positiven Entscheid – also einem „Nein“ – noch im Dialog mit den Anwohnerinnen und Anwohnern klären. Dazu gehören z.B. die genaue Größe der Gebäude oder die Dachformen (Flachdach, zurückspringendes oberes Geschoss o.ä.). Und auch über die Wohnungsgrößen könnte im Dialog gesprochen werden.

Bürgerentscheid zur Landesgartenschau

Worum geht es?

Die Stadt hat den Zuschlag für die Landesgartenschau 2024 erhalten. Stattfinden soll sie auf dem Großparkplatz und im Wiesengrund zwischen Autobahn, Wöhrmühlinsel (diese eingeschlossen), der Unterführung Thalermlstraße und dem Stutzen des Kosbacher Damms. Die Stadt will damit zwei Projekte umsetzen: Die Schaffung eines neuen Stadtteils „Regnitzstadt“ auf dem bisherigen Großparkplatz und ein größeres Angebot von Freizeitflächen.

Verschwinden die Parkplätze?

Auf dem Großparkplatz wird es während und nach der Landesgartenschau mehr Parkplätze als jetzt geben. Diese werden nur anders angeordnet: Statt auf Flächen in Parkhäusern z.B. entlang der Autobahn, wo sie gleichzeitig als Lärmschutz dienen. Als Beispiel: Das marode Parkhaus an der Gerberei enthält die Hälfte aller Parkplätze auf dem Großparkplatz, aber auf einem Bruchteil der Fläche. Zwei entsprechend große Parkhäuser hießen also schon Erhalt aller heutigen Parkplätze.

Wird ein Naturschutzgebiet vernichtet?

Der Wiesengrund an dieser Stelle ist ein Landschaftsschutzgebiet aber kein Naturschutzgebiet. Es handelt sich weit überwiegend (gerade auch auf der südlichen Wöhrmühlinsel) um seit Jahrhunderten intensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen, mit allen Folgen, die das für die Natur hat.

Die kleinen Bereiche, die hochwertige Biotop sind, werden bei der Landesgartenschau geschützt und nicht überplant. Im Gegenteil werden mit der Landesgartenschau einige zusätzliche Flächen ökologisch aufgewertet. Und mit Blick auf den Naturschutz ist noch ein Punkt wichtig: Die Freizeitflächen auf der Wöhrmühlinsel werden den Druck auf den Wiesengrund „kanalisieren“. Für die Menschen, die derzeit „wild“ auf Flächen drängen, wird ein Angebot geschaffen. Damit können die wirklich hochwertigen Flächen besser geschützt werden.

Wird der Radweg aus Alterlangen unterbrochen?

Nein. Das Landesgartenschau Gelände wird zwar eingezäunt und nur gegen Eintritt zugänglich sein. Der Radweg über die Wöhrmühlinsel bleibt aber offen, der Zaun befindet sich links und rechts. Genauso bleiben natürlich auch die Parkplätze und die Zufahrt zum Bahnhof offen.

Warum muss es eine Landesgartenschau sein?

Eigentlich könnte man beide Projekte, „Regnitzstadt“ und „Freizeitflächen“ auch ohne Gartenschau umsetzen. Für die Landesgartenschau sprechen aber drei Aspekte: Zum einen das Event selbst, zu dem rund 1 Million Menschen in die Stadt kommen werden, von denen viele auch die Innenstadt besuchen werden. Zum zweiten gibt es für die Landesgartenschau Fördermittel, die für die Vorhaben – vor allem die Freizeitflächen – eingesetzt werden können. Und zum dritten hat die Landesgartenschau einen festen Termin, zu dem alle fertig sein muss: Die Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass das ungemein hilft, um die städtebaulichen Projekte konzentriert abzuarbeiten, statt sie immer wieder zu verschieben.

Nachruf auf Dr. Dietmar Habermeier

Dietmar Habermeier, „Habs“, wie ihn viele nannten, langjähriger berufsmäßiger Stadtrat, ist am 25. Januar 2017 im Alter von 79 Jahren verstorben. Er gilt als wichtiger Wegbereiter der Radfahr- und Ökostadt Erlangen.

Dietmar Habermeier wurde 1937 in Bayerisch Schwaben, und zwar in Obermedlingen, Kreis Dillingen, geboren. Als wackerer Schwabe erwies er sich schon als Angehöriger der Abiturklasse seines Augsburger Gymnasiums: Als Fan des in Augsburg geborenen Berthold Brecht, der als Schüler eben dieses Gymnasium besucht hatte, wurmte ihn, dass die gesamte westdeutsche und damit

auch Augsburger Presse anlässlich des Todes von Berthold Brecht am 14. August 1956 keine angemessenen Würdigungen brachten. So beschaffte er sich von Bekannten in der damaligen DDR einen umfangreichen Nachruf aus dem SED-Organ „Neues Deutschland“ und schlug

diesen am schwarzen Brett der Schule an. Nur knapp entging er einem verächtlichen Verweis.

Er studierte Jura, zuerst in München, sodann mit Abschluss und Promotion in Erlangen.

Als sich der Noch-Juso Dr. Dietmar Habermeier 1972 für die Erlanger SPD auf die Stadtratsliste setzen ließ, war er bereits ein etablierter Landgerichtsrat, wegen seiner juristischen Fähigkeiten und seiner Geradlinigkeit in Kollegenkreisen gleichermaßen hochgeschätzt und beliebt. Solcher Wertschätzung erfreute er sich auch schon, als er nach einem glänzenden Examen fünf Jahre als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Arbeitsrecht an unserer Universität wirkte.

Unser beider Wege beginnen sich 1971/72 zu kreuzen. Dietmar Habermeier, zu dieser Zeit auch innerhalb der Erlanger SPD schon bekannt und einflussreich, setzt sich mit dafür ein, dass man

den beim Landratsamt Erlangen tätigen Verwaltungsjuristen Dietmar Hahlweg als Kandidaten der SPD für die anstehende OB-Wahl in Erlangen gewinnt und ist maßgeblich daran beteiligt, dass es so kommt.

Mit seiner wichtigen Hilfe wird gemeinsam mit unserer Partei für die Stadtrats- und OB-Wahlen 1972 ein für die damalige Zeit erstaunlich engagiertes und detailliertes Programm ausgearbeitet, das Leitmotiv: „Umdenken tut Not“. Das Programm überzeugt die Mehrheit der Erlanger. Bei der Kommunalwahl 1972 gewinnt unsere Partei im Erlanger Stadtrat erstmals die absolute

Mehrheit. Der eine Dietmar wird zum OB gewählt, der andere in den Stadtrat.

Dietmar Habermeier erhält dann das Angebot, persönlicher Referent des neuen OB zu werden. Schon bei der Erarbeitung des präzisen Wahlprogramms wie auch im Wahlkampf beeindruckte uns Dietmar durch seine schnelle Auffassungsgabe, sein klares Denken und vor allem seine Fähigkeit, präzise und verständlich zu reden und zu schreiben. Dazu kamen eine breite inhaltliche Übereinstimmung und persönliche Sympathie.

Dieses Angebot stellt Dietmar Habermeier vor eine schwere Entscheidung. Bedeutete die Übernahme dieser Schlüsselfunktion im Rathaus doch die Aufgabe seiner Karriere bei der Justiz und, besonders schmerzlich, die Niederlegung des gerade erst errungenen Stadtratsmandates, das ihm u.a. durch seine geschliffene Rhetorik wie auf den Leib zugeschnitten war. Aber er sagt Ja,

■ **Von Dr. Dietmar Hahlweg**
Altoberbürgermeister



kommt am 1. Oktober 1972 ins Rathaus und das Tandem der zwei Dietmars nimmt Fahrt auf.

Ob zunächst als persönlicher Referent und später als berufsmäßiger Stadtrat für Recht, Ordnung und Umweltschutz und damit Chef von sieben Ämtern mit 480 Beschäftigten: Von Anfang an hat Dietmar Habermeier eine starke Stellung im Rathaus und deshalb besonderen Anteil daran, dass Erlangen sich in den 1970er und 1980er Jahren zum Vorreiter in Sachen Fahrrad- und Ökostadt entwickelt und dafür auch vielfach ausgezeichnet wird.

Sehr geschätzt in den zuständigen Fachgremien des Bayerischen und des Deutschen Städtetages, war er gerade als Radverkehrsexperte im In- und Ausland ein hoch begehrter Referent, hat zusammen mit Heide Mattischek die Bundesverkehrspolitik zugunsten des Verkehrsmittels Fahrrad beeinflusst und nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst von 2000 bis 2007 in und an der Spitze des Bayerischen ADFC höchst erfolgreich gewirkt. Zudem war er auf Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion mehrere Jahre nebenamtlich als Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof tätig.

Bei alledem war Dietmar Habermeier über 45 Jahre in unserer Partei nicht nur ein treues, sondern ein immer auch aktives und einsatzfreudiges Mitglied, sei es u.a. mit Beiträgen im Monatsspiegel, zu dessen Gründungsvätern er gehörte, in vielen Wahlkämpfen und in jüngster Zeit bei der Erarbeitung der 2015 erschienenen „Materialien zur Sozialdemokratie 1972 -1996“.

Kein Zweifel, Dietmar Habermeier hat sich in hohem Maße um die Stadt und unsere SPD verdient gemacht. Dafür schulden wir ihm nachhaltigen Dank. Dies vor allem ich ganz persönlich für seine unbegrenzte Einsatzbereitschaft und Loyalität über die gesamten 24 Jahre meiner Amtszeit als OB. Unser ganzes Mitgefühl gehört Ursel Habermeier, die es ihm bis zuletzt ermöglichte, in seiner vertrauten Umgebung zu bleiben.



Stefan Barth wurde 80 Jahre alt – wir gratulieren

Am 26. Februar wurde Stefan 80 Jahre alt. Wir gratulieren ihm und wünschen ihm noch viele gute Jahre!

Er stammt aus dem Dorf Futog, einst im Königreich Jugoslawien, mit 7.500 Einwohnern, davon zwei Drittel Deutsche und ein Drittel Serben. Heute ist der Ort auf über 20.000 Einwohner angewachsen und ist ein Vorort von Novi Sad in Serbien.

Stefan gehört zur Generation derer, die noch sehr intensiv das Kriegsende mit vielen Grausamkeiten erlebt haben. Seine Vorfahren lebten, wie viele andere Deutschstämmige, schon lange als Donauschwaben im Königreich Österreich-Ungarn und nach dem Ersten Weltkrieg im Königreich Jugoslawien. Die Eltern und Großeltern waren betuchte Landwirte. In seinem Lebensbericht „Ein Junge aus der Nachbarschaft“ beschreibt er ausführlich und detailliert die Ereignisse ab 1944, als die deutschen und ungarischen Truppen sich dort zurückzogen und viele Deutsche in Richtung ungarischer und österreichische Grenze flohen. Es setzte der Terror der Tito-Kommunisten ein. Laut dem AVNOJ-Beschluss (AVNOJ deutsch: Antifaschistischer Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens) wurden die verbliebenen 200.000 Deutsche enteignet, entrechtet und in Konzentrations- und Arbeitslager getrieben. Ausgenommen waren Deutsche, die auf der Seite der Partisanen gekämpft hatten. Am 4. Dezember 1944 musste auch Stefans Familie mit den Großeltern ins KZ Jarek, Vater und Großvater kamen ins Arbeitslager. Innerhalb von eineinhalb Jahren starben in Jarek an Hunger, Kälte, ansteckenden Krankheiten und Misshandlungen rund 7.000 Menschen, darunter etwa 1.000 Kinder unter 14 Jahren. Sie wurden entkleidet und in Massengräbern verscharrt. Insgesamt kamen zwischen 1944 und 1948 rund 64.000 Donauschwaben um. Das ist ein Drittel der zu Hause gebliebenen deutschen Bevölkerung. Ab 1947 musste die Familie zur Zwangsarbeit und landete schließlich in einem Kohlebergwerk bei Knjaževac in Serbien. Dort konnte Stefan die serbische Volksschule besuchen und dank seiner Lehrerin die Schule in zwei Jahren abschließen. Erst allmählich wurden die verbliebenen Deutschen wieder von der Bevölkerung akzeptiert und respektiert. 1949 erhielten sie wieder die „normalen“ Bürgerrechte im kommunistischen Jugoslawien und zogen in ihre alte Umgebung zurück.

Im Jahre 1957 machte Stefan am humanistischen Gymnasium in Novi Sad sein Abitur; danach siedelten seine Eltern mit ihm nach Westdeutschland um, und zwar nach Darmstadt. Dort studierte er an der Technischen Hochschule Elektrotechnik, schloss als Diplomingenieur Anfang 1965 ab und arbeitete anschließend bei Siemens in Frankfurt. Schon während seines Studiums politisierte sich Stefan. Er nahm als Zuhörer bei den Sit-ins an der Uni Frankfurt teil. 1969 wurde Gustav Heinemann als erster Sozialdemokrat nach dem Krieg zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Wegen der Rufmordkampagne der CDU/CSU gegen den neuen Bundespräsidenten trat er spontan in die SPD ein. 1969 wechselte er zu Siemens nach Erlangen und arbeitete zunächst im Forschungszentrum und später im Vertrieb für Au-

■ Von Gerd Peters

Vorsitzender des Distrikts West



tomatisierungstechnik. Bis 1975 wohnte Stefan im Stadtsüden und war dort einige Jahre Vorsitzender des Distrikts Süd. Er zog 1975 mit seiner fünfköpfigen Familie in ein mit viel Eigenarbeit erbautes Haus im neu entstehenden Stadtteil „In der Reuth“ und setzte sich dort in einer Bürgerinitiative kommunalpolitisch für die Gestaltung des Spielplatzes, eine verkehrsmäßige Anbindung an ÖPNV, sowie Einkaufsladen und Sparkasse ein. Letztere gaben leider diesen Standort nach vielen Jahren wohl aus wirtschaftlichen Gründen wieder auf. 10 Jahre veranstaltete eine Handvoll Bürger das gut besuchte

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im März Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

- 01.03. Hans Scheyer
79 Jahre
- 04.03. Reinhilt Häusler
73 Jahre
- 04.03. Kurt Bruns
74 Jahre
- 06.03. Michael Weiss
50 Jahre
- 07.03. Lilli Bauer
70 Jahre
- 07.03. Emmi Foldenauer
77 Jahre
- 10.03. Bernd Meyer
76 Jahre
- 11.03. Anneliese Bauer
91 Jahre
- 14.03. Heinrich Merkel
91 Jahre
- 16.03. Anke Peters
74 Jahre
- 17.03. Thomas Schulz
50 Jahre
- 18.03. Helga Steeger
71 Jahre



- 19.03. Jürgen Großmann
50 Jahre
- 20.03. Walter Fellermeier
76 Jahre
- 22.03. Rainer Böhm
70 Jahre
- 25.03. Anni Ramming
79 Jahre
- 26.03. Wolfgang Blum
77 Jahre
- 28.03. Sibylle Brandt
60 Jahre
- 31.03. Adolf Christian Eckart
70 Jahre

Bürgerfest „In der Reuth“.

Von 1978 bis 1990 war Stefan im Stadtrat, wo er für die SPD im Schulausschuss, im Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss und Ordnungs- und Verkehrsausschuss mitarbeitete.

Beeindruckend ist, dass er sich in langen Jahren in der alten Heimat erfolgreich einsetzte, die grausame angespannte Beziehung zwischen Donau-Deutschen und Kolonisten zu überwinden, sich miteinander auszutauschen und sich zu versöhnen. Er organisierte jahrelang große humanitäre Hilfe mit LKWs an das Provinzkrankenhaus in Novi Sad, an ein Heim für behinderte Kinder und Jugendliche und das Novi Sader humanitäre Zentrum. Er hat schon auf Dienstreisen Kontakte zur Uni in Novi Sad geknüpft und 2007 eine Delegation nach Erlangen eingeladen, die an der Uni Erlangen an verschiedenen Lehrstühlen Fachgespräche über erneuerbare Energie führte. Seit 2010 hat er für sportliche Begegnungen mit der Senioren-Volleyballmannschaft sowohl in Erlangen/Bamberg, als auch in seinem Geburtsort in Serbien gesorgt. 2015 hat

er bei der Stadt Novi Sad eine Heimattafel beantragt, die genehmigt und in seinem Heimatort aufgestellt wurde. Bei der Einweihung der Tafel nahmen rund 50 Landsleute aus Deutschland teil. Es überrascht nicht, dass Stefan sich mit seinen Erfahrungen und Russischkenntnissen auch für die Partnerschaft mit Wladimir engagierte.

Zurzeit ist er stellvertretender Vorsitzender der Donauschwäbischen Kulturstiftung München und für Kontakte nach Serbien zuständig. Er hat mehrere Bücher veröffentlicht, zuletzt das Buch „ZWEILÄNDERGESCHICHTEN. Geschichten aus Deutschland und Serbien“. Er singt im Stadl-Chor in Kosbach und nimmt an Chorkonzerten teil. Dazu gehört auch die alljährliche Begegnung mit dem Ziegenhainer Chor unserer Partnerstadt Jena.

Im Distrikt West kann man sich auf ihn verlassen. Stefan beteiligt sich aktiv am politischen Diskurs und ist sich für keine praktische Arbeit zu schade. Er wohnt mit seiner Frau Hildegard immer noch „In der Reuth“. Beide haben drei Töchter und acht Enkelkinder.

60plus lädt zu herbstlichem Filmnachmittag ein

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus lädt ein zum Filmnachmittag „Damen und Herren ab 65“ (2002), Regie Lilo Mangelsdorff.

„Damen und Herren ab 65 gesucht“ lautete die Kleinanzeige in einer Wuppertaler Lokalzeitung, mit der die Choreographin Pina Bausch Seniorendarsteller für die Neuinszenierung ihres Tanzstückes „Kontaktthof“ suchte. 26 Laien im Alter von 65 bis 72 Jahren wurden ausgewählt, über ein Jahr lang wurde geprobt, Lilo Mangelsdorff hat dieses außergewöhnliche Projekt mit der Kamera begleitet. Entstanden ist ein anrührender Film, in dessen Mittelpunkt die Tänzer mit ihren Ängsten und Hemmungen, ihrer Begeisterung und Leidenschaft stehen. Zur Begrüßung gibt es Kaffee und Kuchen, im Anschluss ist Gelegenheit zum Gedankenaustausch.

Termin: Dienstag, 28. März 2017, 15 Uhr, IG-Metall-Saal, Friedrichstraße 7. Eintritt zur Veranstaltung ist frei.

SPD-Politikerinnen unterstützen die KulturTafel

Vor zwei Jahren hat die Diakonie Erlangen die KulturTafel gegründet. Sie ermöglicht Menschen mit schwachem Einkommen aus Erlangen und der Umgebung, Kulturveranstaltungen zu besuchen. „Wir haben mittlerweile eine Liste mit 450 Gästen“, sagt Sabine Hornung, Bezirksstellenleiterin der Diakonie Erlangen. Klassikaufführungen, Theater, Popkonzerte, Besuche beim 1. FC Nürnberg oder Greuther Fürth, Faschingsbälle, Kino oder Kabarett – die KulturTafel vermittelt Karten für alle Bereiche aus Kunst und Kultur. Und ist dabei auf Spenden angewiesen. „Das Angebot wird sehr gut angenommen. Aber wir können natürlich auch nur das vergeben, was wir bekommen“, sagt Hornung.

Unterstützung erhält die KulturTafel auch von Renate Schmidt (Bundesministerin a.D.), Martina Stamm-Fibich (MdB) und Alexandra Hiersemann (MdB). Die SPD-Politikerinnen stifteten der Tafel 15 Eintrittskarten für das Benefiz-Konzert „10 Jahre Schüler-Power“ am 23. Februar in der Heinrich-Lades-Halle im Wert von 400 Euro. „Wenn wir den Menschen eine kleine Freude bereiten können,



dann helfen wir gerne. Kulturelle Teilhabe ist wichtig und eine gesellschaftliche Gesamtaufgabe, von der niemand aufgrund seines Einkommens ausgegrenzt werden sollte“, sagt Stamm-Fibich.

Die Karten übergab Martina Stamm-Fibich stellvertretend in der Diakonie Erlangen an die Bezirksstellenleiterin Sabine Hornung (rechts im Bild).

Mittelfränkische Abgeordnete laden zu Berlin-Fahrt ein

Die vier mittelfränkischen Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich (Erlangen/Erlangen-Höchstädt), Gabriela Heinrich (Nürnberg-Nord), Martin Burkert (Nürnberg-Süd/Schwabach) und Carsten Träger (Fürth) bieten seit 2015 neben den Berlinfahrten des Bundespresseamtes eine eigene Berlinfahrt

an. Im Gegensatz zu den politischen Fahrten des Bundespresseamts dauert der Ausflug in die Hauptstadt vier Tage und findet nicht wie alle BPA-Fahrten an drei Tagen während der Woche, sondern von Donnerstag bis Sonntag statt. Mit dem Bus geht es von den Haltestellen Nürnberg – Erlangen nach Berlin.

Das Programm bietet eine gelungene Mischung aus Kultur, Politik und Freizeit. Unter anderem sind ein Besuch des Stasi-Museums, eine Fahrt zu den „Gärten der Welt“, eine Stadtrundfahrt, der Besuch des Bundesrates sowie das Treffen mit einem der mittelfränkischen MdBs im Bundestag mit Rundgang geplant. Es bleibt auch ausreichend Zeit, um Berlin auf eigene Faust zu erkunden.

Im Preis von 260 Euro (pro Person im Doppelzimmer, Einzelzimmer 87 Euro Aufschlag) sind neben der An- und Abreise drei Übernachtungen inklusive Frühstück, Stadtrundfahrten, Führungen, Besuch des Reichstags, eine Reisebroschüre und die Umsetzung des Programms enthalten.

Nicht enthalten sind die Eintrittsgelder pro Person für: Stasi-Museum 5 Euro, Gärten der Welt 18 Euro, Schiff nach Charlottenburg 15 Euro, Schloss Charlottenburg Neuer Flügel 8 Euro. Die Kosten inklusive aller Eintrittsgelder und Fahrpreise betragen 306 Euro pro Person und 393 Euro pro Person im Einzelzimmer.

Die Reisekosten sind Selbstkosten, die Abgeordneten verdienen keinen Cent an dieser Informationsfahrt. Sie soll interessierten Bürgern die Möglichkeit bieten, zu einem angemessenen Preis die Hauptstadt und die Arbeit der Bundestagsabgeordneten besser kennenzulernen. Organisiert wird die Fahrt von einem Berliner Reisebüro.

Bei Interesse und/oder Fragen wendet Euch bitte an das Wahlkreisbüro von Gabriela Heinrich. Kontakt: Kerstin Gardill 0911/43 89 631 oder per Mail unter gabriela.heinrich.ma03@bundestag.de

Um an der Fahrt vom 24. bis 27. August 2017 teilzunehmen, ist eine verbindliche Anmeldung bis zum 28. Juni 2017 bei Frau Gardill erforderlich.

Das Programm vom 24. bis 27. August:

Donnerstag, 24. August:

06:00 Uhr: Abfahrt in Nürnberg bzw. Erlangen

12:30 Uhr: Ankunft in Potsdam, anschließend Mittag im Bürgershof

13:30 Uhr: Führung im Park Babelsberg



Vortrag

„Kritik des Familismus“

mit Dr. Gisela Notz

zu Theorie, Geschichte und sozialer Realität eines ideologischen Gemäldes.

Staatliche Familienpolitik fördert nach wie vor die traditionelle Vater/Mutter/Kind-Familie, in der Kinder erzogen und pflegebedürftige Angehörige betreut werden. Die heutige soziale Realität ist eine Andere.

Die Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Dr. Gisela Notz war von 1979 bis 2007 wissenschaftliche Referentin im Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Von 2004 bis 2010 war sie Bundesvorsitzende von pro familia.

Der **Bund für Geistesfreiheit Erlangen e.V.** lädt ein:

Donnerstag, 09. März 2017, 19:00 Uhr
Lesecafe der VHS, Hauptstraße 55, Erlangen

Der Eintritt ist frei.

15:00 Uhr: Fahrt nach Berlin zum Reichstagsgebäude
 16:00 Uhr: Gespräch mit MdB Martin Burkert
 17:00 Uhr: Vortrag auf der Besuchertribüne
 18:00 Uhr: Blick über Berlin vom Dach des Reichstagsgebäudes
 19:00 Uhr: Fahrt zum Hotel Leonardo, Wilmersdorfer Straße
 19:30 Uhr: Abend zur freien Verfügung

Freitag, 25. August:

09:00 Uhr: Stadtrundfahrt Berlin, mit Besuch der Gedenkstätte der Berliner Mauer

12:00 Uhr: Mittagsimbiss
 13:00 Uhr: Besuch einer Landesvertretung
 ab 14:30 Uhr: Tag zur freien Verfügung, abends: individuell, z.B. Theater, Kabarett etc.

Samstag, 26. August:

09:00 Uhr: Fahrt nach Berlin-Lichtenberg – Besuch im Stasi-Museum, dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR
 11:30 Uhr: Fahrt zu den „Gärten der Welt“ in Marzahn, Besuchsmöglichkeiten der 10 Gärten,

dort auch Mittagsimbiss möglich, Rückfahrt zum Hotel ca. 16:30 Uhr

ab 17:30 Uhr: zur freien Verfügung

Sonntag, 27. August:

08:30 Uhr: Fahrt mit dem ÖPNV nach Berlin-Mitte. Ein geführter Rundgang um Stadtschloss und Museumsinsel

10:30 Uhr: Mit dem Schiff auf der Spree nach Charlottenburg

12:00 Uhr: Führung im Schloss „Neuer Flügel“ des „alten Fritz“

13:30 Uhr: Mittagessen im Brauhaus Lemke am Schloss

15:00 Uhr: Rückfahrt nach Franken

Kontinuität bei den Jusos

Jahreshauptversammlung: Munib Agha als Kreisvorsitzender und Katrin Hurle als Unterbezirksvorsitzende bestätigt

Auf der gemeinsamen Jahreshauptversammlung des Juso-Kreisverbands Erlangen-Stadt sowie des Juso-Unterbezirks Erlangen wurde Munib Agha einstimmig als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt. Katrin Hurle wurde als Unterbezirksvorsitzende ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Als StellvertreterInnen gehören dem neuen Kreisvorstand Franziska Herberger, Eric Görlitzer, Katrin Hurle, Franziska Madlo-Thiess, Friedrich Mirle und Johanna Pfister an. Im Unterbezirksvorstand sind neben allen Mitgliedern des Kreisvorstands Nils Dörner und Franziska Pertek aus dem Landkreis Erlangen-Höchstadt vertreten.

Im gemeinsamen Rechenschaftsbericht von Kreisverband und Unterbezirk blickten die Jusos auf ein durchaus erfolgreiches Jahr zurück. So konnten sie auf ihren im 14-tägigen Rhythmus stattfindenden Sitzungen regelmäßig neue Mitglieder und Interessierte begrüßen, von denen sich Einige auch für eine regelmäßige Mitarbeit begeistern ließen. Thematisch hatten sich die Jusos unter anderem intensiv mit verschiedenen konkreten Aspekten zum Thema Nachhaltigkeit, wie regenerative Energien, Eindämmung von Lebensmittelverschwendung sowie Kreislaufwirtschaft, beschäftigt. Die Gleichstellungspolitik, traditionell ein sehr wichtiges Thema bei den Jusos, kam auf fast jeder Sitzung

auf die Tagesordnung. Auch die politischen Entwicklungen des letzten Jahres, wie der Brexit sowie die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, wurden thematisiert. Das für die Erlanger Jusos durchaus schockierende Brexit-Votum nahmen sie sich zudem zum Anlass, um sich näher mit Europa und insbesondere



beim Bürgerentscheid geworben. Die Kampagne der Allianz, welche Plakatierungen, Verteilaktionen, Hausbesuche sowie Infostände beinhaltet hatte, war zu einem erheblichen Teil von den Jusos getragen worden.

Ihre in dieser Kampagne gewonnenen Erfahrungen können die Jusos nun



re möglichen Zukunftsperspektiven für Europa auseinanderzusetzen.

Besonders stolz zeigten sich die Jusos auf ihr starkes Engagement im Wahlkampf zum Bürgerentscheid über die Stadt-Umland-Bahn. Hier hatten die Jusos als Teil der letztlich erfolgreichen „Allianz pro StUB“ für den Bau der Stadtumlandbahn und damit ein Nein

in Kürze wieder voll einbringen: So haben sie sich im neuen Arbeitsprogramm für dieses Jahr vorgenommen, den Wahlkampf zu den beiden am 7. Mai stattfindenden Bürgerentscheiden wieder aktiv zu unterstützen. An diesem Termin soll sowohl über die geplante Landesgartenschau 2024 sowie über ein geplantes Bauprojekt der GEWOBAU in

der Johann-Jürgen-Straße südlich der ERBA-Siedlung abgestimmt werden. Die Jusos werben hierbei zum Einen für die Landesgartenschau. Diese bietet schließlich neben der Möglichkeit, während der Veranstaltung selbst hunderttausende Gäste in die Stadt zu locken, auch den Einstieg zu einer umfassenden Umgestaltung des Großparkplatzes und der damit verbundenen Entwicklung eines neuen Stadtviertels. So können in Erlangen neuer Wohnraum sowie Büroflächen in einer sehr attraktiven Lage geschaffen werden. Weiterhin wollen die Jusos für das Bauvorhaben der GEWOBAU werben. Dieses dient der Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum, welcher in Erlangen dringend benötigt wird. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens stören sich an dem in dem Projekt beinhalteten Abriss der bestehenden Häuser aus den 1930er Jahren. Die Alternative – eine aufwändige Sanierung dieser Häuser, welche sich in einem sehr schlechten Zustand befinden – würde jedoch zu teuren Luxuswohnungen führen. Die Jusos sehen in dem Entscheid somit auch eine Grundsatzentscheidung, welche Prioritäten die Wohnungspolitik in Erlangen künftig setzen will: Bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringerem Einkommen oder mehr Luxuswohnungen für diejenigen, die ohnehin keine Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt haben. Hier haben die Jusos Erlangen einen klaren Standpunkt: Auch Menschen mit geringerem Einkommen sollen sich das Wohnen in der Stadt künftig leisten können.

In ihrer inhaltlichen Arbeit wollen sich die Jusos in diesem Jahr mit den Herausforderungen der aktuellen Veränderungen in der Arbeitswelt (Stichwort Arbeit 4.0) auseinandersetzen. Zudem ist eine Diskussion des Abtreibungsgesetzes aus feministischer Perspektive geplant. Weiterhin wollen sich die Jusos mit den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beschäftigen. Die Gleichstellungspolitik soll ebenfalls wieder regelmäßig auf der Tagesordnung stehen.

Das Jahr 2017 steht zudem im Zeichen der Bundestagswahl. Die SPD hat hier durch die Bekanntgabe der Kandidatur von Martin Schulz als Kanzlerkandidat einen starken Aufwind erhalten. Die Jusos wollen sich aktiv in den Wahlkampf einbringen und für einen Politikwechsel werben.

Aus dem Bauch gesprochen:

„Wir haben verstanden“

„Wir haben verstanden!“ sagte von der Leyen auf der diesjährigen „Sicherheits“-konferenz in München.

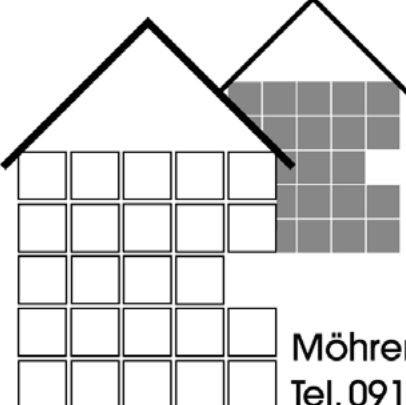
Wer „wir“? Wir alle? Oder spricht Frau von der Leyen von sich schon im pluralis majestatis? Und vor allem: Was haben wir angeblich verstanden, respektive verstehen sollen?

Wir hätten eine „Friedensdividende“ genossen. Bezahlt hätten unsere Freunde aus Amerika den Schnaps, an dem wir uns angeblich die letzten Jahrzehnte „besoffen“ haben. Der undankbare Deutsche, dieser Sauer-Kraut, soll end-

■ Von Monika Fath-Kelling



lich massiv aufrüsten, sich insgesamt „stärker engagieren“ und endlich, endlich „Hegemonialmacht“ für kleinere Staaten werden. (Was meinen eigentlich die kleineren Staaten dazu, und sollte am deutschen Wesen nicht schon mehrmals die Welt genesen, mit fatalen Folgen für alle?)



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Militärisches gibt's – natürlich – nicht gratis! Da muss der deutsche Michl künftig ordentlich mehr springen lassen und in „Sicherheitsrücklagen“ investieren. Klingt gut, nicht wahr, „in Sicherheitsrücklagen investieren“. Beinahe so gut wie die „Friedensdividende“, die wiederum eher von den Aktionären der Rüstungsfirmen realisiert wird. (Man muss kein studierter Volkswirt sein, um den Unterschied von investieren und realisieren zu verstehen)

Sollten sich die Europäer insgesamt in dieser Frage nicht deutlich geschmeidiger zeigen, droht Präsident Trump den atomaren Regenschirm zu zuklappen. (Sagt man ihm nach, dem Donald, hat er aber nie so behauptet. Mit ihm am atomaren Auslöseknopf wird die Drohung vom „obsoleten“ NATO-Engagement der USA glatt zur zarten Hoffnung!)

Es soll also dringend mehr Geld ins militärische System, denn Russland ist die „große Bedrohung an der NATO-Ostflanke.“ (Bedroht nicht auch die gegen mehrere vertragliche Absprachen ausgeweitete NATO-Ostflanke Russland? Niemals! Wir sind die Guten!! Basta!!! Beinahe legendär sind schließlich die Sichtungen russischer U-Boote vor der schwedischen Küste und andere tolle Schoten, die jeder Spinnstube zur Ehre gereichen würden, für all jene, die sich schwertun mit dem

Glauben an das Böse im russischen Charakter. Daher wird bis heute, oder gerade heute wieder, alles medial breit getrampelt, was sich irgendwie ins Bild von der „Roten Gefahr“ biegen lässt.)

Aber zurück zu unserer Lagebesprechung. Militär muss trainiert und beschäftigt werden. Am Besten unter „realen Bedingungen“. Und außerdem: Das ganze schöne Kriegsgerät, die Munition hat ein Mindesthaltbarkeitsdatum, best before

Also sorgt bislang – außenpolitisch offen bis verdeckt – unser „nur in fürsorglicher Uneigennützigkeit“ handelnder Freund und Demokratiebringer immer für eine ausreichende Anzahl virulenter Konfliktherde, die „befriedet“ und „befreundet“ werden müssen, um Material und Mannen in „good condition“ zu halten. Wenn's pressiert, auch völkerrechtswidrig und mit frei erlogenen Kriegsgründen. (Akzeptabel. Jedenfalls für die NATO als „Bündnis mit der Lizenz zur Vorwärtsverteidigung“, während man andererseits – wahrscheinlich aus Gründen der „Ausgewogenheit“ – nur von der völkerrechtswidrigen Anexion der Krim berichtet)

Aber weil es halt uns ewige, deutsche Bedenkenträger zur neuesten Geschichte gibt, die das „Töten wieder lernen müssen“, brauchen wir – alle Jahre

wieder – unser special briefing, bei dem wir dann unser „mea culpa“ aufsagen und den angereisten Herren der transatlantischen Thinktanks in verinnerlichtem Unterwürfigkeitsgestus die Kehle bieten. Ganz Underdogs... Dieses Mal, denn es muss ja immer noch eins draufgesetzt werden, wurde sogar der Aufbau einer eigenen, europäischen atomaren Abschreckung „diskutiert“. Als ob diese durch Frankreich nicht schon längst gesichert wäre, dem Brexit zum Trotz! (Klar, Polen und Balten hätte am liebsten wohl selber einen Atomkoffer, nur zur „Sicherheit“. Es gab in der Vergangenheit mehrere atomare Beinahekatastrophen. Da waren es im Übrigen russische Militärs, die durch ihre Besonnenheit das Schlimmste verhütet haben.)

Kalkül ist wohl: Beim Schaudern im Gedanken der Ungeheuerlichkeit atomarer Aufrüstung Europas werden die Bürger willig² ihre konventionellen Hausaufgaben machen.

Also Bitte! Was wollen „wir“ denn mehr? Wir haben verstanden!

Im Übrigen übertreffen die westlichen Rüstungsausgaben die russischen circa um den Faktor 10. Aber das darf man angeblich nicht vergleichen. Denn „Die kriegen mehr für den Rubel...“

WAS ERLAUBEN USCHI !?*

SPD – Partei der sozialen Gerechtigkeit

Die SPD muss den Blick in die Zukunft richten. Denn eine lebenswerte Zukunft kommt nicht von allein, sondern sie muss gestaltet werden. Gerade im Vorfeld von Wahlen ist es unerlässlich, dass sich die SPD ganz konkret darüber im Klaren ist, was politisch zu tun ist, wenn es die Verhältnisse im Lande erfordern. Die Frage von sozialer Gerechtigkeit und gleichen Rechten ist heute und in Zukunft genauso aktuell wie in den vergangenen 150 Jahren. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit bleibt eine Daueraufgabe: Die SPD muss sich den Interessen, Nöten, Sorgen von Arbeitnehmern, Rentnern, Alleinerziehenden, Kindern und anderen Bevölkerungsgruppen verpflichtet fühlen. Für viele Bürgerinnen und Bürger muss die SPD Politik machen – mit dem „Blick von unten“ und mit Leidenschaft und Beharrlichkeit.

Beispiele für soziale Ungerechtigkeit gibt es zahlreich.

Krankenkassen müssen gerecht finanziert werden

Arbeitgeber finanzieren längst nicht mehr die Hälfte

Um 20 Milliarden Euro sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen allein zwischen 2013 und 2015 gestiegen. Doch wer annimmt, dass solche Kostensteigerungen gleichermaßen von Beschäftigten und Arbeitgebern getragen werden, liegt leider falsch. Denn der Gesetzgeber hat den Arbeitgeberanteil der Krankenkassen-Beiträge eingefroren. Zwar waren seit 2015 insgesamt 14,6 Prozent zu zahlen, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte, also 7,3 Prozent, tragen. Aber im Gesetz steht auch, dass künftige Kostensteigerungen

■ Von Gerhard Carl

allein von den Arbeitnehmern zu tragen sind. Ihre Beiträge liegen inzwischen durchschnittlich um 1,1 Prozent höher, nämlich bei 8,4 Prozent. Für einen Arbeitnehmer im Jahr 2017 bedeutet das Mehrbelastungen von im Schnitt fast 400 Euro, während die Arbeitgeber keine zusätzlichen Lasten tragen – trotz gut gehender Wirtschaft und stabilen Unternehmensgewinnen. Ist das gerecht? Wohl kaum.

Es wurden zahnmedizinische Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgegliedert, die heute privat bezahlt oder versichert werden

müssen. Die Höhe des Krankengeldes wurde auf 70 Prozent des Einkommens gesenkt. Gerade Menschen mit kleinen Einkommen sind dadurch schnell überlastet. Um hier die Weichen neu zu stellen, müssen als Erstes Arbeitgeber und Arbeitnehmer/Innen wieder den gleichen Anteil der Krankenkassenbeiträge zahlen. Überproportional belastete Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen und mit Kindern brauchen eine größere Entlastung. Auf der Tagesordnung muss auch die schrittweise Einführung der Bürgerversicherung stehen, in die alle einzahlen müssen. Leistungen wie Zahnersatz für Erwachsene gehören zurück in die gesetzliche Krankenversicherung, sonst bleiben die Betroffenen weiter auf den hohen Kosten sitzen und Armut zeigt sich bei jedem Lächeln.

Immer weniger Studenten bekommen Bafög

Mehr Gerechtigkeit in der Bildung? Nicht beim Bafög! Der Anteil der Studierenden, die Bafög bekommen, ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Und das, obwohl die Chance von Kindern aus Arbeiterhaushalten auf ein Studium in Deutschland im interna-

tionalen Vergleich bereits heute besonders gering ist. Das zeigt der alternative Bafög-Bericht der DGB-Jugend.

Weniger statt mehr Geförderte aus finanzschwachen Haushalten

Eine wesentliche Idee des Bafög ist, dass auch junge Menschen aus finanzschwachen Haushalten studieren können. Doch statt mehr Geförderten aus dieser Zielgruppe deckt der alternative Bafög-Bericht der DGB-Jugend sogar das Gegenteil auf: Von 2012 bis 2015 habe sich ein Trend ergeben, dass Geförderte aus finanzschwachen Haushalten aus der Förderung gefallen sind.

Bafög „passt nicht mehr zur Lebensrealität“

„Die Studierendenzahlen steigen, die Bafög-Förderquote sinkt – das Bafög passt nicht mehr zur Lebensrealität der Studierenden“, kritisiert auch der DGB. Studierende, die zwischen Bachelor und Master arbeiten wollen oder müssen, werden durch die Altersgrenze vom Bafög von vornherein ausgeschlossen. Die Altersgrenzen müssen abgeschafft werden.

Bafög hinkt Preisentwicklung hinterher

Das Bafög hinkt außerdem weit hinter Preis- und Lohnentwicklung hinterher. Damit muss Schluss sein. Die Bedarfsätze müssen angehoben werden.

Managergehälter – eine ausufernde Maßlosigkeit

Vergütung muss gedeckelt werden

In vielen Dax-Konzernen werden dekadent hohe Managergehälter gezahlt. Bei VW etwa verdient ein Topmanager 171 mal soviel wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. „Damit muss Schluss sein“, fordert der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.

Vor der Finanzkrise verdienten Spitzenmanager im Schnitt das 42-fache der Beschäftigten. 2014 war es das 57-fache. Etliche Vorstände lagen sogar darüber, bei VW verdienen Manager das 171-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Es wird höchste Zeit, dass hier Begrenzungen eingeführt werden.

Den Bezügen in Millionenhöhe stehen rund 22 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland gegenüber, die im Niedriglohnssektor arbeiten und damit keine 2000 Euro im Monat verdienen – und zwar brutto. Fast ein Viertel aller Beschäftigten, das sind mehr als 7 Millionen Menschen. Diese Diskrepanz ist nicht

Rebecca Friedrich
Kundenberaterin in der Geschäftsstelle
Herzogenaurach – Haydnstraße



Banking ist einfach.



sparkasse-erlangen.de

Ihre Sparkasse für zuhause und unterwegs!

direkt GIRO – das kostenlose* Online-Konto bietet Ihnen umfangreiches und sicheres Online-Banking via PC, Tablet und Smartphone-App.



Alle Informationen erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter Telefon 09131 824-500 (Mo. – Fr. jeweils von 8:00 bis 20:00 Uhr).

* Entgelte für Online-Banking: ChipTAN-Generator einmalig 16,09 € inkl. Versand; SMS-TAN 0,09 € und Push-TAN 0,04 € pro Benachrichtigung. Stand: 03/2016



hinnehmbar. Rund 82 Prozent der BürgerInnen in diesem Land stören sich an der wachsenden sozialen Ungleichheit. Fast 75 Prozent der Bevölkerung sprechen sich dafür aus, Managergehälter zu begrenzen. Grundsätzlich sollte sich die Vorstandsvergütung auch an Zielen der sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Verantwortung orientieren.

Minijobber: Fast jeder zweite verdiente auch nach der Einführung des Mindestlohne weniger als 8,50 Euro.

Zahlreiche Minijobberinnen und Minijobber dürften nicht den Mindestlohn erhalten. Das ergibt sich aus einer neuen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Sie zeigt auf Basis der aktuellsten verfügbaren Daten, dass 2015 knapp die Hälfte der Minijobber weniger als den Mindestlohn von damals 8,50 Euro brutto pro Stunde bezahlt bekam. Der Anteil sank im Jahresverlauf nur langsam. „Die Zahlen lassen keinen Zweifel daran, dass die Betriebe bei einem erheblichen Teil der Minijobber nicht wie gesetzlich vorgeschrieben die Löhne erhöht haben. Die geringfügige Beschäftigung bleibt weiter überwiegend von Niedriglöhnen geprägt. Das Mindestlohngesetz werde bei Minijobs offenbar noch längst nicht flächendeckend angewendet.“

So haben verschiedene Studien gezeigt, dass geringfügig Beschäftigte häufig auch keine Lohnfortzahlung bei Krankheit oder im Urlaub erhalten – obwohl sie einen gesetzlichen Anspruch darauf haben. Dieses Ergebnis signalisiert, dass es offensichtlich nicht ausreicht, Mindestlöhne per Gesetz vorzuschreiben. Notwendig sind deshalb geeignete Maßnahmen einer wirksamen Kontrolle.

Altersarmut hat viele Gründe – deswegen brauchen wir mehrere Gegenmaßnahmen

Ein höheres Rentenniveau würde nicht für alle Menschen das Risiko von Altersarmut mindern, erklärte kürzlich die Deutsche Rentenversicherung. Daraus richtig: Altersarmut hat viele Gründe. Wir brauchen effektivere Maßnahmen gegen Altersarmut.

Mehr Erwerbstätige in Rentenversicherung einbeziehen

Ein wesentlicher Grund für Altersarmut sei für viele Menschen schlicht und einfach, gar keine gesetzliche Rente zu ha-

ben. Um einen umfassenden Schutz für alle Erwerbstätigen zu schaffen, will der DGB als erstes alle nicht obligatorisch abgesicherten Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen.

Rentenniveau dennoch eine zentrale Stellschraube

Das Rentenniveau ist eine zentrale Stellschraube, um Armut von langjährig Versicherten zu vermeiden. Sinkt das Rentenniveau weiter auf 41,7 Prozent, muss eine Person mit 2.200 Euro Bruttolohn in Zukunft sechs Jahre länger arbeiten, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu bekommen.

Rente nach Mindestentgeltpunkten gegen Armutsrenten

Ergänzend sollte die Rente nach Mindestentgeltpunkten fortgeführt werden, damit aus niedrigen Löhnen und langjähriger Beitragszahlung keine Armutsrenten werden. Darüber hinaus brauchen wir gute tarifgebundene Arbeit und gute Löhne, damit die Beschäftigten von ihrem Lohn und später von ihrer Rente zu leben können.

Sofortprogramm gegen Altersarmut

Die Probleme der drohenden Altersarmut dürfen nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Notwendig ist ein Sofortprogramm, um die akuten Probleme schnell zu lösen und die am stärksten von Altersarmut bedrohten Gruppen besser abzusichern. Von Altersarmut bedroht sind vor allem erwerbsgeminderte, geringverdienende und langzeitarbeitslose Menschen. Gleichzeitig muss es gelingen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger gesund in sozial abgesicherter Beschäftigung bleiben können. Prävention und flexible Übergänge in den Ruhestand müssen ausgebaut werden.

Die drohende Altersarmut betrifft nicht mehr nur besondere Problemgruppen. Der Niedriglohnsektor und die prekäre Beschäftigung droht Altersarmut zu einem weit verbreiteten Problem zu werden. Die gesetzliche Rentenversicherung soll zu einer Erwerbstätigen-Versicherung ausgebaut werden, um vor allem Solo-Selbstständigen eine soziale Absicherung zu ermöglichen.

Wir brauchen insgesamt eine neue Balance von Beiträgen und Leistungen. Wer jahrzehntelang hart gearbeitet hat, muss auch eine Rente bekommen, die mindestens zum Leben reicht. Die so-

ziale Sicherheit im Alter muss deshalb Vorrang haben vor übereilten Beitragssenkungen.

Erschreckende Fakten zur Kinderarmut in der Bundesrepublik Deutschland

Immer mehr Menschen geraten unverschuldet in die Armutsfalle, am häufigsten trifft es Alleinerziehende: 40 Prozent und mit ihnen 2 Millionen Kinder leben von Hartz IV. In vielen Familien reichen selbst zwei Jobs nicht aus, um ohne staatliche Unterstützung auszukommen, Tendenz steigend.

Viele arme Kinder landen später leider genau dort, wo auch ihre Eltern sind: am unteren Ende der Einkommensskala, in finanziell und sozial zum Teil prekären Situationen. Der Teufelskreis der Armut wird damit geschlossen. Das ist weder gerecht, noch entspricht es dem Grundsatz der Chancengleichheit.

Die Politik darf die Kinder nicht alleine lassen

Seitens der Politik müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden, um diese Entwicklung aufzuhalten oder gar umzukehren. Doch es muss etwas getan werden. Die betroffenen Kinder können nicht länger warten.

Beengtes Wohnen, wenig Geld für gesundes Essen, Bildung, Hobbies oder Urlaub – für rund zwei Millionen Kinder und ihre Familien in der Bundesrepublik ist das Realität. Im Vergleich zu 2011 leben heute mehr junge Menschen von staatlicher Grundsicherung. Die existierenden Maßnahmen reichen nicht aus, um Kinderarmut zu vermeiden, und Armutsfolgen werden bisher nur lückenhaft erforscht.

Trotz guter Wirtschaftslage wuchsen 2015 bundesweit 14,7 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Familien auf, die Hartz IV beziehen. Besonders Kinder mit nur einem Elternteil oder zwei und mehr Geschwistern sind von Armut betroffen: Von allen Heranwachsenden in staatlicher Grundsicherung lebt die Hälfte bei einem alleinerziehenden Elternteil und 36 Prozent werden in Familien mit drei oder mehr Kindern groß.

Für viele Kinder, die Hartz IV beziehen, ist Armut ein Dauerzustand: Die Mehrheit wächst über einen längeren Zeitraum in ärmlichen Verhältnissen auf. 57 Prozent der betroffenen jungen Menschen im Alter von sieben bis unter 15 Jahren bezogen drei Jahre und länger staatliche Unterstützung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II). Diese Situation ist ein unhaltbarer Zustand.

■ Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:

Martin Müller

Telefon: 09131-8146092

Mobil: 0176-70156584

martin.juergen.mueller@

googlemail.com

Protokoll der Jahreshauptversammlung

Zu unserer diesjährigen Jahreshauptversammlung waren 13 Genossinnen und Genossen gekommen. Ein Genosse verabschiedete sich aufgrund eines privaten Termins um 19:30 Uhr. Drei Genossinnen und Genossen hatten sich entschuldigt.

TOP 1: Begrüßung und Gedenken an die Verstorbene

Der Vorsitzende Martin Müller begrüßt alle Anwesenden und zeigt sich über die rege Teilnahme sehr erfreut. Der Vorsitzende bedankt sich bei allen für das tolle Engagement im vergangenen Jahr. Danach wurde den verstorbenen Genossinnen und Genossen gedacht. Des weiteren konnten wir in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres drei Neumitglieder begrüßen, ein Neumitglied war anwesend.

TOP 2: Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Gerd Worm und Christa Matern wurden gewählt und nahmen die Wahl an.

TOP 3: Rechenschaftsbericht

Katrin stellte als Kassiererin den Kassenbericht vor. Die Entwicklung ist derzeit sehr positiv. Katrin hat angekündigt, den Kassenbericht in Zukunft über das elektronische Kassenbuch zu führen.

Martin lässt in seinem Rechenschaftsbericht das ereignisreiche Jahr 2016 Revue passieren. Bei der Verteilung von Flyern zum Bürgerentscheid zur Stadt-Umland-Bahn war der Distrikt sehr aktiv, der Bürgerentscheid konnte am 6. März erfreulicher Weise gewonnen werden. Große Unterstützung kam hierbei auch von den Jusos. Ihnen gilt großer Dank!

Die Mitgliederentwicklung war im letzten Jahr leider negativ. Durch Todesfälle und Austritte verloren wir sechs Mitglieder. Dagegen gab es im Jahr 2017 bereits drei Neueintritte.

TOP 4: Entlastung des Vorstandes

Sibylle Brandt beantragte die Entlastung des Vorstandes. Die Entlastung wurde einstimmig beschlossen.

TOP 5: Wahl einer/eines StellvertreterIn

Als Kandidaten wurden Gabriele Greif-Cappell und Dominik Beck vorgeschlagen. Die Wahl fand geheim und schrift-

lich statt. Auf Gabriele Greif-Cappell entfielen 9 Stimmen und auf Dominik Beck 3 Stimmen. Somit wurde Gabriele Greif-Cappell zur neuen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Gabi nimmt die Wahl an.

TOP 6: Nominierung der VertreterInnen im Kreisvorstand der SPD Erlangen

Martin Müller und Gabriele Greif-Cappell wurden als Vertreter vorgeschlagen. Sie wurden jeweils mit 12 Stimmen, bei einer Enthaltung, als Vertreter des Distriktes gewählt.

TOP 7: Anträge:

Es gab keine Anträge

TOP 8: Sonstiges und Termine:

Am 7. Mai gibt es in Erlangen zwei Bürgerentscheide:

- Der Entscheid zur Landesgartenschau 2024 wird skeptisch betrachtet, da hier leider aufgrund der noch nicht im Detail geplanten Schau sehr viel Unsicherheit, auch unter den GenossInnen, herrscht. Hier sind Infoveranstaltungen geplant.
- Beim Entscheid zum sozialen Wohnungsbau wurde durch den Vorsitzenden berichtet, dass die Bürgerinitiative nicht an sachlichen Gesprächen interessiert war. Sie zeigt kein Interesse an irgendwelchen Kompromissen, weder nach Gesprächen mit dem Stadtteilbeirat noch mit dem Oberbürgermeister. Die Bürgerinitiative arbeitete sehr viel mit Halbwahrheiten und Unterstellungen. Martin hat sich darüber sehr enttäuscht gezeigt. Die Mitglieder sind hier überzeugt, dass der Entscheid positiv für den sozialen Wohnungsbau ausgehen wird.

Der Distrikt wird sich wieder aktiv bei den Entscheiden einbringen z.B. Flyern, Mitarbeit an Infoständen, Veranstaltungen durchführen.

Am 9. Juli ab 11 Uhr findet das Angerfest statt, davor wird es ab 10 Uhr eine ökumenische Feier geben. Hier werden wir wieder mit einem Infostand vor Ort sein. Wir werden wieder einen Kicker haben und dazu gibt es noch eine Basstelaktion für Kinder. Es wird gebeten,

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

April 2017

24. März 2017

sich aktiv an der Besetzung des Standes zu beteiligen.

Es wurde ein gemeinsamer Besuch der Brucker Kerwa, vom 30. Juni bis 3. Juli, angeregt. Ein gemeinsamer Termin steht noch aus und wird demnächst erörtert. Des weiteren möchten wir gemeinsam auf die Bergkirchweih gehen, hier wurde angeregt, dass man als SPD Erlangen auf den Berg geht. Das soll im nächsten Kreisvorstand angeregt werden.

Top 9 Schlusswort des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende dankte allen Beteiligten für den heutigen Abend und gratuliert allen Gewählten zur Wahl. Er stimmt auf die beiden Bürgerentscheide ein und hofft, dass diese jeweils Pro Landesgartenschau 2024 und Pro sozialer Wohnungsbau ausgehen werden.

Für den Vorstand
Martin Müller

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 15. März,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden herzlich ein zur

**Jahreshauptversammlung
am 14. März, 19 Uhr, Olive,
Nebenraum**

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Wahl der Versammlungs- und Wahlleitung
2. Rechenschaftsbericht
3. Kassen- und Revisionsbericht
4. Entlastung des Vorstands
5. Neuwahlen des Vorstands
6. Wahl der Revision
7. Nominierung einer Vertreterin und eines Vertreters im Kreisvorstand
8. Verschiedenes

Im April findet die Distriktsversammlung am 11. April, 19 Uhr, Olive statt.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll vom 14. Februar

1. Hortplätze in Frauenaaurach:

Am 8. Februar hat es ein Treffen zwi-

schen Stadtverwaltung, Ortsbeirat Frauenaaurach und betroffenen Eltern gegeben. Bei diesem Gespräch wurde die derzeitige Situation und die Planungen für die Zukunft besprochen. Es wurde dargestellt, dass die Nutzung des Mehrzweckraumes im Gemeindezentrum für 25 Hortplätze gut geeignet wäre. Die Kosten wären im Vergleich zu einer Containerlösung oder einem Neubau in Kriegenbrunn deutlich geringer. Außerdem wären die (Um-)Bauarbeiten deutlich schneller abgeschlossen, so dass die Gruppe vermutlich noch in diesem Jahr eröffnen könnte.

Eine offizielle Stellungnahme des Ortsbeirats Frauenaaurach wird es in deren Sitzung am 22. Februar geben.

2. 750-Jahrfeier-Frauenaaurach

Die Auftaktveranstaltung am 20. Januar im Aurachsaal war gut besucht und sehr unterhaltsam. Dabei wurden Reden von OB Dr. Florian Janik, Innenminister Joachim Herrmann sowie dem Ortsbeiratsvorsitzenden Stephan Bergler vorgetragen, der Leiter der Stadtarchivs Dr. Andreas Jakob hielt einen launigen Vortrag zur Geschichte von Frauenaaurach, die auch der Comedian Oliver Tissot in seinem Programm integrierte. Außer-

dem gab es ein Programm der Grundschule Frauenaarach.

Im Anschluss der Veranstaltung wurde die Festschrift verteilt, die außerdem auch jeder Haushalt in Frauenaarach und näherer Umgebung erhalten soll.

Die nächste Veranstaltung wird das Bürgerfest am 8. Juli sein.

3. Neue Distriktsgrenzen

Die Distriktsgrenzen wurden in der Sitzung des Kreisvorstandes am 9. Februar mit sofortiger Wirkung an die Grenzen der Stadt-, bzw. Ortsbeiratsgrenzen angepasst. Die Mitglieder aus Schallershof gehören damit nun zum Distrikt West und sind in den kommenden Sitzungen in Frauenaarach nicht mehr stimmberechtigt.

4. Bürgerentscheide

Die beiden Bürgerentscheide zur Landesgartenschau und der Erba-Siedlung werden am 7. Mai stattfinden. Dazu wird es auch wieder eine Infoveranstaltung und eine Hausverteilung geben. Bitte meldet euch bei Jens Schäfer wenn ihr mithelfen möchtet (schaefer-jens@gmx.net / 0151/14984956).

5. Bürgersprechstunde

Aufgrund der derzeitigen Hortsituation und den laufenden Gesprächen wurde entschieden, die Bürgersprechstunde abzusagen. Die Planung für eine Sprechstunde zur Bundestagswahl steht aber weiterhin, außerdem wird es eine Veranstaltung zu den Bürgerentscheiden geben.

6. „LKW Parkplätze“ am Bolzplatz Frauenaarach:

Am Bolzplatz Frauenaarach parken seit einigen Monaten jede Nacht einige LKWs. Eigentlich ist diese nicht erlaubt, das Ordnungsamt und die Polizei tolerieren aber Übernachtungen für eine Nacht. Leider hinterlassen die Parkenden aber Müll und sonstige Hinterlassenschaften, was so nicht mehr toleriert werden kann. Der Ortsbeirat Frauenaarach wird dieses Thema daher in der nächsten Sitzung thematisieren.

7. Sonstiges

Nächste Termine: 14. März (JHV mit Neuwahlen) und 11. April.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 14. März, 20 Uhr, Kulisse

Die weiteren Termine unseres Distrikts bis Sommer 2017: 4. April, 9. Mai, 13. Juni und 11. Juli jeweils 20 Uhr, Nebenraum Kulisse.

Solidarische Grüße
Monika

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten

Distriktssitzung am Mittwoch, 8. März, 20 Uhr, Bürgertreff Röthel- heim, Berliner Platz 1

Als **Tagesordnung** schlagen wir vor:

1. Stadtteilbeiräte in unserem Distrikt
2. Vorbereitung JHV Distrikt
3. Verschiedenes

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Stellv. Vorsitzender

Protokoll zur letzten Sitzung

Ad 1: Stadtteilbeiräte

Dieses Thema wird auf der nächsten Sitzung konkretisiert; wir werden auch weitere SPD-Mitglieder im Bezirk daraufhin ansprechen, ggf. auch mit einer diesbezüglichen Zusatz-Info zum Monatsspiegel. Vorstandswahlen sind für den übernächsten Termin vorgesehen.

Ad 2: GBW-Vorhaben

Unbeschadet womöglich nicht zugänglicher Informationen sind uns derzeit

als nennenswerte GBW-Projekte nur im sogenannten Wohnquartier Paul-Gossen-Straße sowie Isar-Straße bekannt.

Ad 3: Behindertenschutz

Wir begrüßen die Aufstellung neuer Bänke in der Innenstadt; diese werden gewiss gerne angenommen. Erlangen soll nicht nur eine bekanntermaßen fahrradfreundliche, sondern auch behindertengerechte Stadt sein; diesbezügliche Anregungen zum Beispiel über den Seniorenbeirat nehmen wir gerne auf.

Thomas Klosner

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshaupt- versammlung am Dienstag, 14. März, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles, Rückblick Bürgerversammlung
- 2) Bericht des Vorstandes
- 3) Kassenbericht
- 4) Aussprache, Entlastungen
- 5) Neuwahlen
- 6) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen

Distriktversammlungen am 11. April und am 9. Mai

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 14. Februar

Bürgerversammlung

Am 22. Februar findet in Tennenlohe eine Bürgerversammlung statt. Themen, die angesprochen werden sollen, betreffen die Verkehrs- und Parksituation am Ort, speziell im Gewerbegebiet (Beispiel Dornbergstraße).

Gert will einen Antrag zum Umbau

des Wetterkreuzes stellen und damit die Präsentation auf dem Neujahrsempfang von 2015 aufgreifen. Mit den Konkretisierungsplänen zur StUB wird dieses Thema wieder auf den Tisch kommen.

Lärmschutz entlang der Autobahn: Gabionenwände an den neuen Bürohäusern (Sontowski) sowie am Zollamt sind wenig lärmindernd. Lärmschutz bis zur neuen Brücke? Flüsterasphalt? (Hinweis auf Spatenstich am 2. März an der Brücke Weinstraße. Gert, Rolf und Gertrud werden hingehen).

Die Aufwertung des Bolzplatzes dagegen mit Bänken und Tischen sowie weiteren Sportgeräten wird Thema der Ortsbeiratssitzung im Juli sein.

Landesgartenschau

Der Distrikt diskutiert über die Vor- und Nachteile der Landesgartenschau. Rolf gibt Auszüge aus dem städtischen Bewerbungsschreiben aus, die den aktuellen Planungstand zusammenfassen. Die Diskussion zeigt eine weitgehende Zustimmung zur LGS. Um auch die Gegenargumente kennenzulernen, ist geplant, auf der nächsten Sitzung Herrn Frank Höppel (ödp) einzuladen.

Abbruch der Erbahäuser im Angerviertel

Der Distrikt unterstützt mehrheitlich den Abbruch der Erbahäuser, um den Neubau von Sozialwohnungen zu ermöglichen. Der Zustand in den alten Wohnungen ist unzumutbar und die Bausubstanz schlecht. Bei einem Erhalt

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

wäre eine Luxussanierung notwendig, die mit sozialem Wohnungsbau unvereinbar ist.

Bürgerentscheid am 7. Mai

Am 7. Mai sind die Bürger Erlangens zur Abstimmung über den Abbruch der Erbahäuser und die Durchführung der LGS aufgerufen. In beiden Fällen zeichnet sich eine Mehrheit im Distrikt gegen die jeweilige BI ab.

Tennenloher Bote

Der nächste Tennenloher Bote wird bis Mitte März erscheinen. Themen wurden diskutiert und verteilt.

Verschiedenes

Ulla berichtet über Ihre Teilnahme an einer Reise nach Nicaragua, die von der Stadt Erlangen im Rahmen der San-Carlos-Kooperation veranstaltet wurde.

Hans Hauer

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Leute,

wir möchten Euch zu unseren beiden nächsten Treffen im März einladen, Zum einen zu einer öffentlichen Veranstaltung mit Martina Stamm-Fibich und zum anderen zur vertagten Jahreshauptversammlung.

Eigentlich sollte die Jahreshauptversammlung bereits im Februar stattfinden. Wegen unzureichender Anwesenheit vertagten wir diese Planung. Stattdessen diskutierten wir ohne Beschlussfassung Grundsatzfragen der Kommunalpolitik, u. a. Bürgerbeteiligung. Zwei Ursachen gab es für die geringe Beteiligung: Zum Einen die Entschuldigung einiger sonst regelmäßig kommender Genossinnen und Genossen wegen Krankheit, zum anderen ein Fußballspiel von Bayern München gegen eine englische Mannschaft (Europapokal).

1. Laden wir herzlich ein zur

Öffentlichen Veranstaltung mit unserer Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich am Dienstag, 14. März, 20 Uhr, Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

2. Außerdem treffen wir uns zur

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 22. März, 20 Uhr, Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Aktuelles
2. Wahl einer Versammlungsleitung und Wahlkommission
3. Rechenschaftsbericht, auch Einschätzung, welche Rolle der Distrikt bei kommunalpolitischen Vorhaben spielen kann
4. Kassenbericht
5. Entlastung des Vorstandes und Kassiers
6. Neuwahl des Vorstands
7. Vorschläge für Vertreter in den beiden neuen Ortsbeiräten Büchenbach und Alterlangen (jeweils 3 Vertreter)
8. Berichte aus Vorstand, Fraktion und Ortsbeirat
9. Verschiedenes

Nutzt bitte die Gelegenheit zur kritischen Betrachtung unserer Distriktsarbeit und kommt!

Im Auftrag des Vorstands

Gerd Peters

Nachruf Rolf Bernard

Wir trauern um Rolf Bernard, der am 25. Januar 2017 im Alter von 64 Jahren verstarb. Rolf trat 1991 in unsere Partei ein, im Distrikt West. Er war beruflich tätig als Jugendbetreuer der Erlanger katholischen Kirche.

Sein Horizont war weltoffen; er kannte sich in vielen Themen und Strömungen aus, z. B. auch über die Kirche in Südamerika. Sehr engagiert war er beim Aufbau der Erlanger Partnerschaft mit Wladimir.

Durch seinen vielfältigen Tätigkeitsbereich war sein Spielraum für unmittelbar parteibezogene Aktivitäten be-

grenzt. In der SPD konnte er deshalb nicht regelmäßig präsent sein. Bei Kontakten beeindruckte er mit interessanten anregenden Sichtweisen von lokaler und internationaler Politik. Regelmäßig sorgte er trotz beruflicher Belastung längere Zeit für die Verteilung von SPD-

Papieren im Wohnungsumfeld.

Gespräche mit ihm waren immer anregend. Gern nutzte man die Gelegenheit, auch zwischen Tür und Angel mit ihm zu reden. Wir vermissen ihn!

Gerd Peters

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 8. März, 19 Uhr (!) im August-Be- bel-Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Rechenschaftsbericht
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahlen von Vorstand, einem Vertreter im GKV und zwei Vertretern im Kreisvorstand
7. Arbeitsplanung 2017
8. Verschiedenes

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus hat in den letzten Jahren Themen wie „Altersarmut“, „bedingungsloses Grundeinkommen“, „wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis?“, „Wohnen im Alter“, „Bürgerversicherung“ etc. behandelt. Auch der Besuch der Jenaer 60plus-Genossen steht an. Neben der politischen Arbeit planen wir zusammen mit dem Seniorenkreis der IG Metall:

- Ein Treffen auf der Erlanger Bergkirchweih
- Einen Theaterbesuch
- Eine Fahrt ins Fränkische Weinland

Wir wollen die Arbeit der letzten Jahre fortsetzen. Dafür brauchen wir Dich!

Vielleicht hast Du ja Lust mitzumachen. Uns würde Dein Kommen freuen und unser derzeit kleines Häuflein Aktiver könnte auch eine Auffrischung gut gebrauchen. Auf rege Mitarbeit

Ich grüße im Namen des Vorstands
Hartmut Wiechert

Protokoll der Sitzung vom 8. Februar

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Nach der Begrüßung durch den Vorstand Hartmut Wiechert wurde die Tagesordnung mit den Erweiterungen

- Unterstützung der Bürgerbegehren
- Aktion Begrüßung der 60plus-Neumitglieder und
- wie kann 60plus die SPD bei der Bundestagswahl unterstützen

genehmigt und der Rechenschaftsbericht für 2016 freigegeben.

Top 2: Aktuelles

Gute, wichtige, auch hilfreiche Diskussion zum erfreulichen Schulleistungswachstum wie zur beunruhigenden Situation durch den unqualifizierten, möglicherweise psychisch kranken neuen Präsidenten der USA. Auch wir waren von „unserem“ Genossen Schulz begeistert, nicht zuletzt durch seine mittreißende Verve, seine rhetorische Leidenschaft. Wir fragten, können wir ihn unterstützen. Können vielleicht auch wir profitieren von seiner plötzlichen Beliebtheit und Neuzugänge erwarten?

Top 3 Programm für 2017

Das für 2017 vorgesehene Programm wurde vorgestellt und besprochen.

- Die Jahreshauptversammlung der SPD-AG 60plus Kreisverband Erlangen findet am 8. März statt. Der bisherige Vorstand wird wieder kandidieren. Um auch berufstätigen Genossen und Genossinnen, die Möglichkeit zu geben, mitzumachen, beginnen wir erst um 19 Uhr. Die JHV wird im Monatsspiegel bekannt gegeben und außerdem erhalten alle Genossen und Genossinnen, die eine E-Mail-Adresse haben, die Einladung per E-Mail.
- Zu unserer Kino-Kaffee-Kuchen-Ak-

■ AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@t-online.de

tion wurden noch letzte Details zur Organisation geklärt. z.B. Die Männer unterstützen die Frauen beim Transport ihrer Kuchen. damit diese heil beim IG-Metall-Saal in der Friedrichstraße ankommen.

- Unsere angedachte Exkursion zum Dokuzentrum in Nürnberg nimmt reale Konturen an. Hartmut hat sich zu den angebotenen Führungen kundig gemacht. Interessant, auch vom Preis her, wären die Sonntags-Besichtigungen. Ob das allen Genossen passt, wird noch geklärt.
- Anlässlich unserer gut gepflegten Städtepartnerschaft hat Hartmut heuer die Jenaer Senioren zum Gegenbesuch eingeladen. Sie haben zugesagt, aber noch keinen Termin

genannt. Möglicherweise wollen sie die Busse am 3. Oktober, dem Tag der Einheit, nutzen. Angedachte Besichtigungspunkte ist das Siemens Gerätewerk, evtl. auch der Skulpturengarten am Rathsberg mit Blick auf Erlangen (Nähe Musikinstitut).

Top 4 Verschiedenes

Die Hinterfragung unseres langjährigen Nachmittagstermin für unsere Treffen, brachte etliche Pluspunkte für einen Beginn am frühen Abend, damit auch die noch im Berufsleben stehenden Genossen und Genossen zu uns kommen können. Also demnächst Beginn der 60plus Treffen: 19:00 Uhr!

Silke Zieten

■ **AG 60plus (Unterbezirk)**

Kontakt:

Fabian Dietl
Telefon: 8126511
fabian.dietl@spd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Mittwoch, 8. März, 15 Uhr, Saal der IG Metall, Friedrichstraße 7

Vorgeschlagene Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Referat von Uli Welz zum Rentensystem
5. Bericht des Vorstandes
6. Entlastung des Vorstandes
7. Grußworte
8. Neuwahlen
 - 8.1 Wahl einer Wahlleitung

- 8.2 Wahl des/r Vorsitzenden
- 8.3 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden (2)
- 8.4 Wahl einer Schriftführerin bzw. eines Schriftführers
- 8.5 Festlegung der Zahl der BeisitzerInnen
- 8.6 Wahl der BeisitzerInnen
- 8.7 Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters im UB-Vorstand
- 8.8 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Bezirkskonferenz (5)
- 8.9 Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Landeskonferenz (3)
9. Wünsche und Anträge
10. Termine und sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Die kommissarischen Vorsitzenden
Jörg Bubel und Hartmut Wiechert

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_gha@hotmail.com

Liebe Jusos,
unsere nächsten Sitzungen finden an folgenden Terminen statt (jeweils Dienstags):

- 14. März: Arbeit 4.0 oder Wohnen
- 28. März: Arbeit 4.0 oder Wohnen

Wir treffen uns jeweils um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Eingang zum

Sitzungszimmer unten am Parkplatz). Genauere Informationen sowie mögliche Terminänderungen werden vorher auf der Homepage (www.jusos-erlangen.de) bekannt gegeben.

Rote Grüße
Munib